Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1926

6.8.1926 (No. 180)

Visual Library

№ 180 Freitag, den 6. August 1926 169. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 8515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft u. Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Bad. Landtags

Wirtschaftliche Umschau

Die nun für das erste Halbjahr 1926 und für den Monat Juli vorliegenden Ziffern, Berichte und Aufstellungen aus dem **deutschen Wirtschaftsleben**, haben eine etwas **optimistischere Stimmung** geschaffen, wenn auch von keinem Produktionszweig ein besonderer und auffallender Aufschwung zu berichten ist. Sehr wichtig ist das nun eingetretene günstige Erntewetter, das hoffentlich anhält und wenigstens einen gewissen Ausgleich schaffen würde für die in vielen Gebieten des Reichs entstandenen großen Unwetter- und Überschwemmungsschäden. Ein volkswirtschaftliches Nonsens ist es freilich, daß trotz der großen Arbeitsnot in Deutschland nicht weniger als 150 000 ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen, meist Polen, gegenwärtig mit der Einbringung dieser Ernte beschäftigt sind, die den größten Teil ihres Barlohns in die Heimat schicken. Die Landwirte klagen, daß deutsche Arbeitskräfte in ausreichender Zahl nicht zu dieser Saisonarbeit zu bekommen sind. Hier hat zweifellos, zumal wenn wir die große Zahl der feiernden, ohne Gegenleistung Erwerbslosenunterstützung beziehenden und dadurch moralisch geschädigten jugendlichen Arbeitskräfte betrachten, der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht seine Bedeutung.

Im Juli haben die Ziffern der Konkurse und Geschäftsaufsichten abgenommen, auch die Erwerbslosenziffern weisen Rückgänge auf. In der Industrie schreitet die Konsolidierung und der organisatorische Umbau vieler Produktionszweige sichtlich fort, und man erhofft jetzt aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung vermehrte Beschäftigung. Für die Eisen- und Kohlenindustrie brachte der englische Streik Erleichterungen, mit deren Aufhören nach Beendigung des Streiks freilich gerechnet werden muß, da England dann alles daransetzen wird und muß, die verlorenen Positionen wieder zu gewinnen. Immer noch lastet das Valutadumping der uns umgebenden Industrieländer auf der deutschen Produktion und erschwert den Absatz außerordentlich. Es ist nun zwar endlich ein vorläufiges Handelsprovisorium mit Frankreich zustandegekommen, aber ein endgültiger Handelsvertrag wird erst nach Stabilisierung der französischen Währung möglich sein.

Besserungen zeigen sich u. a. in der deutschen Textil- und Lederindustrie, von denen die erstere größere Rohstoffimporte tätigen konnte, während die Lederindustrie nach den großen Produktionseinschränkungen wieder ein Ansteigen des Verbrauchs an Schuhen und Lederwaren verzeichnet. Das Russengeschäft auf der Grundlage der Reichskreditaktion kommt immer noch nicht recht vorwärts. Auf russischer Seite klagt man über die Preisunterschiede bei Angeboten oft führender deutschen Firmen, was eine Atmosphäre des Mißtrauens schaffe.

Von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Befriedung Europas wird der in unmittelbarer Aussicht stehende **Zusammenschluß der kontinentalen Eisenproduktion** sein, der zunächst Deutschland, die Saar, Luxemburg, Belgien und Frankreich umfaßt und zwei Ziele hat: Kontingentierung der Produktion, um einem Überangebot und dem gegenseitigen Unterbieten auf dem Weltmarkt ein Ende zu machen, und Hinaufsetzung der Weltmarktspreise, die den Export der betreffenden Länder lohnender gestalten und dadurch eine Herabsetzung der Inlandspreise und Belebung des Inlandabsatzes gestatten soll, wie wenigstens von den Produzenten behauptet wird. Staatliche Sicherungen gegen eine Preisdiktatur wären hier wohl angebracht. Die sehr wichtige englische Beteiligung, mit der man rechnet, steht noch aus. Auch Amerika ist infolge der dem neuen deutschen Ruhrmontantrust gewährten Anleihe an dem Abkommen interessiert.

*

In der **Gestaltung der Reichsfinanzen** zeigen sich seit längerem die Auswirkungen der Depression unserer Wirtschaft, zumal die Unterstützung der Arbeitslosen sehr große Ausgaben erfordert, zu denen noch die für die produktive Erwerbslosenfürsorge kommen, wie der Reichswirtschaftsminister dieser Tage erklärte, die letzten Mittel, welche das Reich dafür einzusetzen in der Lage sei. Aus Gründen der Währungspolitik hatte man die Steuerschraube so angespannt, daß Überschüsse blieben, die nun aber nach den eingetretenen Steuererleichterungen sichtlich der Aufzehrung verfallen, wie wieder der Ausweis der Reichseinnahmen über das 2. Vierteljahr 1926 zeigt, wobei auch die Gesamteinnahmen im 1. Quartal gegen den Voranschlag um 161 Mill. zurückgeblieben waren. Für das Arbeitsbeschaffungsprogramm rechnet man allein mit einer Summe von 1 Milliarde, die allerdings zum großen Teil aus Anleihen aufgebracht werden soll. Dazu kommt nun von Reichsseite für Arbeitslosenunterstützung ½ Milliarde, und außerdem ist mit einer Erhöhung des Umfangs der Aufwertungsansprüche der Altbesitzer von Reichsanleihe um 50 bis 100 Millionen zu rechnen.

Wie alle diese Belastungen tragbar gemacht werden können, steht noch dahin. Neue Steuererhöhungen werden dabei von allen Seiten als unmöglich bezeichnet. Auf die gespannte Finanzlage hat auch der badische Finanzminister im Landtag hingewiesen und erklären müssen, daß, wenn sich die Lage der Wirtschaft nicht bessere, man nicht mehr wisse, woher die Steuern genommen werden sollen. Eine höhere Belastung der Erwerbsstände sei nicht mehr zu verantworten. Steuernachlässe und Steuerstundungen waren für ganze Gebiete notwendig.

*

Von verschiedenen Orten kommen **Klagen und Kundgebungen zur Steuerveranlagung.** So hat der badische Einzelhandel — ähnlich auch die Handwerkskammer Karlsruhe — eine Entschließung gefaßt, die vor allem dagegen protestiert, daß häufig die vom Reichsfinanzministerium für die Steuerbeurteilung nichtbuchführender Firmen aufgestellten Durchschnittssätze, auch auf ordnungsgemäß buchführende Einzelhandelsfirmen angewendet werden, was vielfach zu geradezu ungeheuerlichen Steuerbescheiden geführt habe. Kundgebungen, die aus anderen Städten vorliegen, wenden sich überhaupt gegen die Höhe der Steuerlasten, vor allem aber gegen eine zu hohe Einschätzung zur Umsatz- und Einkommensteuer, wie sie vielfach geübt werde.

Zweierlei ist hier zu unterscheiden. Die **absolute Steuerlast**, welche das deutsche Volk zu tragen hat, muß aus den bekannten Gründen weiter sehr schwer sein, trotzdem in diesem Jahr Steuermilderungen eingetreten sind. Es muß aber alles versucht werden, um sie erträglich zu gestalten, was in erster Linie durch richtige Verteilung auf die einzelnen Schultern nach ihrer Tragfähigkeit geschehen kann. Die **Lohnsteuer**, welche das Einkommen der breiten Massen direkt an der Quelle erfaßt und Steuerhinterziehungen bei den Löhnen und festen Einkommen so gut wie unmöglich macht, sowie die **Zölle und Verbrauchsabgaben** haben im ersten Halbjahr 1926 über 70 Prozent der gesamten Steuereinnahmen in Deutschland erbracht. Es ist klar, daß außer diesen nach sehr einfachen Regeln zu erhebenden, also für den Fiskus recht bequemen Steuern, auch **die Steuern**, bei denen es sich um die **individuelle Veranlagung** auf Grund nicht so klarer und sogleich einsehbarer Unterlagen handelt, nach einem möglichst gerechten Maß abgeschöpft werden müssen. Einmal wird hierzu dieses, unser bestehendes Steuersystem immer wieder nachgeprüft und der Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufsschichten des deutschen Volkes angepaßt werden müssen, zum anderen aber und zunächst sind die bestehenden Steuergesetze, entsprechend ihrem ganzen Inhalt und Sinn **gerecht anzuwenden.** Jede Berufsorganisation, die Forderungen in dieser Richtung erhebt, ist vollkommen im Recht.

Die Klagen, welche die Berufsorganisationen vertreten, kommen natürlich von **den einzelnen Steuerzahlern**, die mannigfache, zum Teil berechtigte Ursachen haben werden, namentlich, was **die Einkommensteuerabschlußzahlungen für 1925** anlangt, so daß der Zentralverband des Deutschen Großhandels bereits beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden ist, Stundungen und Ratenzahlungen eintreten zu lassen. Verschiedentlich hat sich aber auch bei Gewerbetreibenden herausgestellt, daß von **Vorauszahlungen**, die 1925 noch nach Prozenten des Umsatzes geleistet werden mußten und höher waren als es die Höhe der Gewinne bedingt hätte, die man damals angenommen hatte, Zurückzahlungen stattzufinden haben, nachdem die Betreffenden durch ihre Steuererklärungen dem Finanzamt die Unterlagen zur Rückvergütung gegeben oder sich der vorhandenen Rechtsmittel bedient hatten. Auf die **Notwendigkeit der Benutzung der Rechtsmittel** innerhalb der vorgesehenen Einspruchsfristen verweist auch die Entschließung des badischen Einzelhandels, und der nach den Durchschnittssätzen veranlagte buchführende Gewerbetreibende kann dagegen mit sicherer Aussicht auf Erfolg Einspruch erheben. Die Durchschnittssätze können nur angewendet werden, wenn der Betreffende gar keine Aufzeichnungen über seinen Umsatz hat oder was auch vorgekommen ist, zunächst behauptet hat, keine zu besitzen, oder wenn sich ihre Unzuverlässigkeit herausstellt. Naturgemäß müssen die Finanzämter auch damit rechnen, daß es **Steuerhinterzieher** mit mehr oder weniger „dolus" gibt, und in solchen Fällen mag verschiedentlich eine recht strenge Einschätzung stattgefunden haben, um die Betreffenden zu klaren und eindeutigen Angaben zu zwingen, namentlich wenn sie trotz Aufforderung und Strafandrohung nicht erschienen sind und keine Erklärungen abgegeben haben. Aber auch in diesem Fall kann natürlich bei Anwendung der Rechtsmittel innerhalb der vorgesehenen Fristen durch den Steuerzahler eine Korrektur seiner Veranlagung erreicht werden.

Um eine gerechte Veranlagung zunächst einmal im Rahmen der bestehenden Bestimmungen durchzusetzen, haben die Berufsorganisationen gerade im Interesse ihrer ehrlich ihre Steuer zahlenden Mitglieder große Aufgaben in der Richtung der **Aufklärung**, denn zunächst ist es klar, daß die Steuerlast überhaupt desto eher vermindert werden kann, je weniger Steuerhinterzieher es gibt. Und außerdem herrschen bei den Steuerzahlern noch viele Unklarheiten über unsere freilich nicht einfache Steuergesetzgebung und ihre Grundlagen. So übersehen manche Berufe wie Metzger, Wirte und Landwirte häufig den Eigenverbrauch und den ihrer Familien, der natürlich dem Einkommen zugerechnet werden muß und den auch jeder Arbeiter und Beamte zu versteuern hat. Außer solchen mehr einer falschen Einstellung zu den Gesetzen zur Last zu legenden unrichtigen Einschätzung des eigenen Einkommens kommen — worauf der Finanzminister dieser Tage im badischen Landtag hingewiesen hat — auch direkte Steuerhinterziehungen vor, die bei ihrer Aufdeckung in schweren Fällen infolge der hohen Strafen für die Betreffenden geradezu den Ruin bedeuten können. Die Finanzämter veranstalten natürlich Rückfragen bei Lieferfirmen usw. und sind auch berechtigt, Haussuchungen anzuordnen. Von manchen tatsächlichen Steuernichtzahlern wird zwar in den beweglichsten Tönen in der Öffentlichkeit und bei ihren Berufs-Organisationen über die Steuerlast geklagt und geschimpft, sie hüten sich aber gegen die Veranlagung Einspruch zu erheben, denn sie fürchten Nachprüfungen. Der Zweck der Steuergesetze und -Bestimmungen ist es eben, möglichst viele zu richtigen Angaben ihres Umsatzes und Einkommens zu zwingen. Jeder hat übrigens das Recht, einen sorgfältig begründeten Bescheid, auf seinen Einspruch hin durch die Finanzbehörden, denen ja auch Steuerausschüsse aus sechs ehrenamtlich tätigen Mitgliedern (Gewerbetreibenden der einzelnen Bezirke) beratend und mitentscheidend zur Seite stehen, zu verlangen. ***

Eine Kundgebung des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons

Zu der Tagung der International Law Association in Wien veröffentlicht der Präsident des Reichsgerichts Dr. **Simons** in Wiener Zeitungen eine Erklärung über die **Rechtsangleichung zwischen Österreich und Deutschland** und über die **Anschlußfrage.** Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: Die Arbeit an der deutsch-österreichischen Rechtsangleichung macht rasche Fortschritte. Wenn wir sie auch als wichtige Voraussetzung für den staatlichen Zusammenschluß betrachten, so erwarten wir diese doch in erster Linie von einer anderen Bewegung, nämlich von der Entwicklung, die zum **Abbau der Grenzen** führen muß. Wenn Europa sich selbst behaupten will, so muß es auf die heute unerträglich überspitzte Bedeutung der innereuropäischen Grenzen verzichten. Mag man das neue Gebiet nun Paneuropa oder europäischer Zollverein, oder wie immer nennen, die Grenzen müssen jedenfalls abgebaut werden, und die **erste Grenze**, die unbedingt fallen muß, ist die, die die beiden **deutschen Staaten** voneinander scheidet.

Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den deutschen Gesandten in Stockholm, Dr. von Rosenberg, sowie den Erfinder des Flettnerruders und des Rotorschiffes, Direktor Anton Flettner.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Politische Neuigkeiten

Seipel über „Nation und Völkergemeinschaft"

Im Rahmen der Herbsttagung des Verbandes katholischer Akademiker in **Aachen** hielt am Mittwoch der österreichische Altbundeskanzler **Seipel** einen Vortrag über das Thema **„Nation und Völkergemeinschaft"**.

Der Völkerbund, führte er u. a. aus, wie er in den Friedensverträgen geschaffen sei, sei die Verwirklichung eines Postulats der Zeit. Damit erhielten die Völker etwas, was sie vor dem Kriege nicht hatten und die, die diese Völkergemeinschaft schufen, hätten dies jedenfalls in dem Bewußtsein getan, daß man den Frieden nicht anders sichern könne, als durch eine Gemeinschaft, die über die Nationen hinausgehe. Die Erfüllung dieses Postulates sei aber noch nicht in dieser Schöpfung zu sehen, vor allem, weil die Völker nichts von ihrer Souveränität abgeben wollten. Die dadurch geweckten Eifersüchteleien gefährdeten die Existenz des Völkerbundes. Der Völkerbund sei eine Vereinigung einzelner Völker. Es fehle aber zu dieser losen Vereinigung noch das **wirkliche Band**, das sie zur Gemeinschaft mache. Nicht die übermächtige Stärke einiger Nationen sei ein Hindernis für die Völkergemeinschaft, nicht ihr Nationalismus, sondern die Schwäche der einzelnen Nation. Die Nation allein sei nicht tragfähig genug, um Brückenpfeiler auf dem Wege zur Völkergemeinschaft zu sein. Die Nation stelle keine geschlossene Einheit dar. Nationen entstehen und vergehen, vergehen durch äußere Schicksale wie die Ostgoten, vergehen aber noch häufiger durch inneren Zerfall in Stämme, Klassen, Parteien. Deshalb müsse zwischen Nation und Völkergemeinschaft **die Volksgemeinschaft** treten. Man dürfe nicht hoffen, von der Nation zur Völkergemeinschaft zu kommen, wenn man nicht zuerst die eigene Nation zur richtigen Volksgemeinschaft mache und dem Klasseninternationalismus entgegentrete. Die Kämpfe zwischen Stämmen und Wirtschaftsgruppen innerhalb einer Nation dürften nicht so weit geführt werden, daß die Einheit der Nation darunter leide. Vielmehr sei ein Ausgleich der auseinanderklaffenden Bildungensunterschiede mit einer gleichzeitigen Überbrückung der sittlichen Auffassungen erforderlich. Wenn man an seiner eigenen Nation aufbaue, beseitige man die Hindernisse für die wahre Völkergemeinschaft.

Ein vorläufiges Handelsabkommen mit Frankreich abgeschlossen

Zwischen dem deutschen Botschafter von **Hoesch** und Ministerialdirektor **Posse** einerseits und dem französischen Außenminister **Briand** und Handelsminister **Bokanowski** andererseits sind Donnerstag nachmittag im französischen Außenministerium zu **Paris** zwei Verträge gezeichnet worden. Der eine dieser Verträge ist ein auf die Dauer von sechs Monaten abgeschlossenes **vorläufiges Handelsabkommen**, der andere eine Teilvereinbarung über den **Warenaustausch** zwischen Deutschland und dem **Saargebiet**. Durch den ersten Vertrag wird der Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich für eine bestimmte Anzahl, die Ausfuhr beider Länder interessierender Waren geregelt; außerdem enthält dieser Vertrag Klauseln über das Statut der Personen und Gesellschaften. In dem Teilvertrag über das Saargebiet sind eine Anzahl der in dem vor einem Jahre abgeschlossenen, aber nicht in Kraft getretenen Saarabkommen geregelten Fragen des Warenverkehrs zwischen Deutschland und dem Saargebiet, die teilweise in einem besonderen Zusammenhang mit der für die entsprechenden Warengruppen im Handelsabkommen getroffenen Regelung stehen, übernommen worden.

Handelsminister **Bokanowski** hat einem Vertreter des „Petit Parisien" gegenüber erklärt, seitdem sich Frankreich auf dem Wege einer Währungssanierung befinde, seien sehr viele Hindernisse, die der Unterzeichnung entgegengestanden hätten, verschwunden. Eines der Hauptergebnisse des Abschlusses des Vertrages sei die Tatsache, daß er von dem Wunsche der **allgemeinen Pazifizierung in Europa** Zeugnis ablege und daß er den Beginn der Wiederaufnahme freundlicher Beziehungen zwischen den beiden ehemals feindlichen Ländern darstelle.

Die Verfassungsfeier in Bayern

Blättermeldungen aus München zufolge wird auch in diesem Jahre eine **amtliche Verfassungsfeier** in Bayern **nicht stattfinden**. An der Verfassungsfeier der republikanischen Parteien und Verbände, die am Sonntag auf dem Ausstellungsplatz in der Flugzeughalle stattfinden wird, wird die bayerische Regierung offiziell nicht vertreten sein.

Der **Bayerische Bauernbund** läßt durch seine Pressestelle zur Verfassungsfeier einen Artikel verbreiten, in dem es heißt: die Tat von Weimar kann nur aus dem Geiste jener Zeit richtig gewürdigt werden. Wenn wir heute wieder stabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse haben, dann verdanken wir dies in allererster Linie der Weimarer Verfassung. Wir verteidigen und schützen die Verfassung.

Die Magdeburger Affäre

Es wird nun auch amtlich bestätigt, daß Schröder das Geständnis abgelegt hat, daß er den Buchhalter **Helling** aus eigenem Antrieb ermordet hat. Durch den „Amtlichen Preußischen Pressedienst" wurde nach einer Besprechung im preußischen Ministerium des Innern über den Tatbestand folgendes amtliche Kommuniqué ausgegeben:

„Vor den nach Magdeburg entsandten Berliner Kriminalbeamten, Kriminaloberinspektor Dr. **Riemann** und Kriminalkommissar **Braschwitz**, hat in der Nacht zum 5. August der in der Mordsache Helling verhaftete **Schröder**, den der Untersuchungsrichter der Polizei zur Verfügung gestellt hatte, das **Geständnis** abgelegt, daß er den **Buchhalter Helling aus eigenem Antrieb** am 10. Juni 1925 in seiner Wohnung in Groß-Rottmersleben **ermordet** hat, um sich in den Besitz der von Helling mitgeführten Geldmittel zu setzen."

Das Geständnis stimmt mit den Angaben überein, die die in Köln festgenommene **Hilde Götze** zuvor denselben Kriminalbeamten gemacht hat. Die kriminalpolizeilichen Ermittelungen sind noch nicht abgeschossen. Die Niederschriften über das bisherige Ergebnis sind dem Untersuchungsrichter durch die Hand des Oberstaatsanwalts in Magdeburg zugeleitet.

Nach einer Blättermeldung hat die kommunistische Landtagsfraktion in Preußen einen Antrag auf **Einberufung des Ständigen Ausschusses** zwecks Stellungnahme zu dem Magdeburger Justizfall gestellt. In einer Großen Anfrage wird an das Staatsministerium die Frage gerichtet, ob es bereit sei, sofort dem Ständigen Ausschuß diejenigen Maßnahmen mitzuteilen, die gegen die in der Magdeburger Justizangelegenheit belasteten Richter ergriffen worden sind. Außerdem wird darüber Mitteilung verlangt, warum der Justizminister kein Disziplinarverfahren gegen Kölling eingeleitet habe.

Selbstmord eines anhaltischen Landtagsabgeordneten. In Magdeburg hat sich am Ufer der Elbe der anhaltische Landtagsabgeordnete **Wieland** erschossen. Er fiel in die Elbe. Seine Leiche wurde von in der Nähe weilenden Personen herausgezogen. Gegen Wieland soll Anzeige wegen Sittlichkeitsvergehen erstattet worden sein.

Tagung des Deutschen Einzelhandels

Den Mittelpunkt der Tagung des Deutschen Einzelhandels in **Düsseldorf** bildete eine große Kundgebung in der Rheinhalle auf der Ausstellung, an der über 5000 Personen teilnahmen. Als Vertreter der Reichs- und Staatsregierung war der preußische Handelsminister **Schreiber** erschienen, der das Wort ergriff und die Grüße der Reichsregierung und Staatsregierung überbrachte. Er erklärte, daß die gewaltige Veranstaltung deutlich zeige, wie lebhaft in allen Kreisen des Einzehandels das Bedürfnis empfunden wurde, den Lebenswillen dieses wichtigen Gewerbezweiges zum Ausdruck zu bringen. Die Düsseldorfer Ausstellung sei eine Ermahnung, die soziale Not unserer Tage zu lindern, aber auch eine Ermutigung, weil sie zeige, daß große Kräfte am Werke seien, um die Kriegs- und Nachkriegszeitschäden auszumerzen. Der Einzelhandel könne mit Recht verlangen, daß die **Konsumvereine** in keiner Weise bevorzugt würden, er könne auch erwarten, daß der **behördliche Einkauf und der Eisenbahnhandel** nicht übertrieben würde. Der Einzelhandel müsse darauf sinnen, eine Hebung der Kaufkraft und einen Preisabbau herbeizuführen, der zur Hebung des Reallohnes und damit zu größerem Umsatz führe. Die im preußischen Handelsministerium bestehende Stelle für Einzelhandelsfragen möge auch weiter zur Entwicklung des Einzelhandels beitragen. Es folgten einige Referate. Den Schluß der Tagung bildete ein Vortrag des Geschäftsführers der Industrie- und Handelskammer, Dr. **Wildon**, über den deutschen Einzelhandel in Staat und Wirtschaft.

Die Frankfurter Universität und Prof. Dr. Hellpach. Eine Erklärung der philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. besagt: In der letzten Zeit sind in der Presse Nachrichten erschienen über Beratungen der philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. hinsichtlich einer Berufung des früheren badischen Staatspräsidenten Prof. **Hellpach** nach Frankfurt a. M. Die Fakultät mißbilligt aufs schärfste die Indiskretionen, auf Grund deren diese irreführenden Angaben in die Öffentlichkeit gelangen konnten und erklärt, daß der Minister an sie niemals eine Anfrage bezüglich ihrer Stellung zu einer etwaigen Berufung Hellpachs gerichtet hat.

Zur Beamtenbesoldung. Wie mehrere Blätter melden, ist eine Vereinbarung zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen in der Frage der **Vereinheitlichung der Beamtenbesoldung** nicht zustande gekommen. Vor allem konnte eine Übereinstimmung zwischen dem Reich und Preußen nicht erzielt werden. Laut „Berl. Lokalanzeiger" wünscht Preußen vor einer Änderung in der Beamtenbesoldung eine jedesmalige Fühlungnahme zwischen dem Reich und den Ländern und Einsetzung einer Stelle, die die etwa auftretenden Schwierigkeiten schlichten solle. Diese Vorschläge sind vom Reiche abgelehnt worden.

Rote Frontkämpfer bedrohen die Heilsarmee. In **Berlin** wurden Donnerstag auf dem Helmholtzplatz im Nordosten Berlins Anhänger der Heilsarmee, die einen Vortrag hielten, von Anhängern des Roten Frontkämpferbundes belästigt. Als Polizeibeamte einen Ruhestörer festnehmen wollten, griff die Menge die Beamten an und befreite den Arrestanten. Die Beamten mußten schließlich von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machen, konnten jedoch nicht verhindern, daß der Haupträdelsführer entkam. Seine Personalien sind bekannt.

Kurze Nachrichten

Auch Bayern gegen den Potemkin-Film. Bayern hat aus den gleichen Gründen wie Württemberg den Antrag gestellt, die Erlaubnis zur Aufführung des Potemkin-Films auch in seiner neuen Fassung zu widerrufen und hat seine Polizeibehörden dementsprechend angewiesen.

Begnadigung des Dr. Stratil-Sauer. Der König von Afghanistan hat dem deutschen Gelehrten Dr. **Stratil-Sauer**, der in diesen Tagen von einem afghanischen Gericht wegen der Tötung eines Afghanen zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden war, durch einen Gnadenakt die Strafe erlassen. Dr. Stratil-Sauer ist bereits freigelassen worden.

Arbeitslosenkrawalle in Berlin. Vor dem Zentralarbeitsnachweis der Stadt Berlin, in der Gormannstraße, kam es am Donnerstag Vormittag zu Krawallen, in deren Verlauf zwei Polizeibeamte von Arbeitslosen mißhandelt wurden. Die Polizei sperrte sofort die umliegenden Straßen ab und trieb mit Karabinern und Gummiknüppeln die Menschenmenge auseinander. In den ersten Nachmittagsstunden war die Ruhe wieder hergestellt.

Der internationale demokratische Kongreß der Friedensfreunde. Nach einer Havasmeldung sind in Cherbourg **50 amerikanische Professoren**, die im Auftrage der Carnegie-Stiftung an dem internationalen demokratischen Kongreß der Friedensfreunde teilnehmen, eingetroffen. In Rouen sind 900 Kongreßteilnehmer, meist **Deutsche**, außerdem Belgier, Holländer, Skandinavier, Engländer, Amerikaner und Vertreter mitteleuropäischer Staaten angekommen.

Frau Wilson fährt nach Genf. Die Witwe des Präsidenten Wilson ist an Bord des „Leviathan" nach England abgefahren. Sie will der Tagung der Völkerbundsversammlung in Genf beiwohnen.

Die französische Kammer hat am Donnerstag mit 420 gegen 140 Stimmen den Gesetzentwurf über die Schaffung einer Amortisationskasse angenommen.

Verschiedenes

Ungewöhnliche große Anzahl von Selbstmorden in Berlin

Am gestrigen Donnerstag hat sich in **Berlin** eine ungewöhnliche große Anzahl von Selbstmorden und Selbstmordversuchen zugetragen. Nur bei drei Personen waren die Wiederbelebungsversuche von Erfolg. Bei vier Personen war der Tod bereits eingetreten. Unter den Selbstmördern befindet sich auch ein Reichswehrsoldat. Die Motive sind zum Teil unbekannt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das heitere Wetter ist gestern durch gelegentliche Nebel- und Wolkenbildung unterbrochen worden; in Südbaden kam es unter dem Einfluß von Randströmungen des tiefen Druckes über dem Mittelmeer vereinzelt zu Strichregen. Das Temperaturmaximum stieg in der Rheinebene über 23 Grad. Die mittlere Tagestemperatur blieb ½ Grad unter dem normalen Wert. Der hohe Druck ist durch die bereits wieder im Abzug begriffenen südlichen Tiefdruckausläufer wohl nur vorübergehend etwas zurückgedrängt worden. Er wird seinen Einfluß bei uns auch weiterhin geltend machen. Eine Verschlechterung der Wetterlage ist daher nicht zu befürchten. **Voraussichtliche Witterung:** Keine wesentliche Änderung.

Badischer Teil

Badischer Landtag

DZ. **Karlsruhe**, 5. Aug.

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wird zunächst ein von allen Fraktionen, mit Ausnahme der Kommunisten, unterzeichneter Antrag **angenommen**, den **„Badischen Lichtspielen"** den an sich ja nicht bedeutenden Betrag alsbald zuzuwenden, der erforderlich ist, um das gemeinnützige Unternehmen über Wasser zu halten.

Bei Weiterberatung des

Voranschlags des Finanzministeriums

trägt

Abg. **Gehweiler** (Soz.) **Straßenwünsche** vor. Er bittet um Entgegenkommen für die Gemeinden bei Heranziehung zu den Straßenunterhaltungskosten, namentlich soweit sie vom Hochwasser heimgesucht worden sind.

Die Kommunisten bezweifeln die Beschlußfähigkeit des Hauses. — Der Präsident stellt die Anwesenheit von 38 Abgeordneten und damit die **Beschlußunfähigkeit** fest.

Nach Unterbrechung von 5 Minuten kann in der Abstimmung fortgefahren werden.

Die restlichen Einnahmepositionen finden debattelos Genehmigung, ebenso die Voranschläge der Amortisationskasse und der Wohnungsfürsorge.

Darauf wird der Gesamtetat des **Finanzministeriums** mit allen gegen 3 kommunistische Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen der Bürgerlichen Vereinigung **angenommen**.

Die verschiedenen Denkschriften des Ministeriums werden unbeanstandet zur Kenntnis genommen.

Annahme finden die Anträge auf empfehlende Überweisung der Gesuche betr. Erstellung einer festen **Neckarbrücke** bei **Obrigheim** und betr. Aufrechterhaltung der **Unterseeschiffahrt**, letzterer Antrag zugleich mit dem gestern bereits mitgeteilten Protest gegen die Haltung der Reichsbahnverwaltung.

Gebilligt wird das Bemühen der Regierung, die Rechte der badischen **Abfindungsbrenner** zu schützen, ferner einem demokratischen Antrag auf **Steuerfreiheit für Gnadengaben und Weihnachtsbeihilfen** zugestimmt; desgleichen einer von allen Fraktionen unterzeichneten Entschließung wegen Rückgabe der **Häfen** an das Land.

Abg. Dr. **Glockner** (Dem.) berichtet darauf über den **Gesetzentwurf betr.**

Regelung des Staatshaushalts für die Jahre 1926 und 1927 (Finanzgesetz).

Das Gesetz wird mit 39 gegen 2 kommunistische Stimmen bei Stimmenthaltung von 7 Mitgliedern der Bürgerlichen Vereinigung in erster und zweiter Lesung **angenommen**.

Gesuche

In Verfolg der Tagesordnung werden **Gesuche von Beamtenverbänden** von Heidelberg, Neckargemünd, Neckargerach, Ketsch, Forbach, Bermersbach und Gausbach um höhere Einstufung im Ortsklassenverzeichnis der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Eine Eingabe der Gemeinde **St. Ulrich** um Staatszuschuß zur Versorgung der Gemeinde mit elektrischer Energie wird durch empfehlende Überweisung in dem Sinne erledigt, daß sowohl auf Grund des § 18 StVG., als auch hinsichtlich einer Beihilfe für den Schulhausneubau der Gemeinde Entgegenkommen gezeigt werden möge.

Empfehlend überwiesen wird ferner das Gesuch der Stadt **Konstanz** um Zuschuß zu einer Autofähre zwischen Staad und Meersburg in dem Sinne, die Gewährung eines Darlehens in Erwägung zu ziehen. Die Rechnungsnachweisungen für 1923/1924 werden unbeanstandet zur Kenntnis genommen, ebenso die Nachweisungen über die Erledigung der vom Landtag 1924/25 zu Protokoll niedergelegten Wünsche und Anträge und über die Erledigung der während des Landtages 1924/25 der Regierung überwiesenen Gesuche und Beschwerden.

Abg. Dr. **Schmitthenner** (Bürg. Vgg.) berichtet namens des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung über die Eingabe der Bad. Arbeitsgemeinschaft der **Auslands-, Grenzlands- und Kolonialdeutschen** betr. Wahrung der Rechte derselben.

Der Antrag geht auf Überweisung zur Kenntnisnahme in dem Sinne, daß, soweit die geäußerten Wünsche berechtigt, zurzeit aber unerfüllbar und durch die Erklärung der Regierung nicht erledigt sind, diese späterhin nach Möglichkeit Berücksichtigung finden mögen.

Abg. Dr. **Hoffmann** (Zentr.) ersucht die Regierung, in Berlin dahin vorstellig zu werden, daß die Entschädigungen an die

verdrängten Elsaß-Lothringer

in keiner Weise einen Ersatz für die erlittenen Verluste darstellen. Auch die Nachtragsentschädigung könne nur als Abschlagszahlung gelten. Die Lage der existenzlosen Flüchtlinge sei trostlos. Die Fürsorge sei für diese Leute, deren Habe auf das Reparationskonto gutgeschrieben worden sei, keine Hilfe. Es sollten Darlehen zur Gründung einer neuen Existenz gewährt werden, und zwar auf Grund eines Rechtsanspruches.

Der **Berichterstatter** verweist auf die ausführliche Behandlung der Angelegenheit im Ausschuß und darauf, daß ein Einverständnis bestand, im Plenum zur Sache nicht zu sprechen.

Abg. Dr. **Wolfhard** (Dem.) stellt fest, daß alle Parteien Sinn und Verständnis für die Not der Vertriebenen haben, für die zu sorgen übrigens Reichssache sei.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. **Schneider** (Zentr.), dem Vorsitzenden des Rechtspflegeausschusses, und dem Abg. Dr. **Mattes** (D. Vp.) wird dem Ausschußantrag zugestimmt.

Eingaben gegen den **Impfzwang** werden durch Übergang zur Tagesordnung erledigt; Eingaben wegen Errichtung eines **Reichsehrenmals** werden der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Ein Gesuch des Gemeinde-Bürgervereins **Durlach**, betr. Bürgernutzen, wird durch Überweisung als Material erledigt.

Abg. **Amann** (Zentr.) berichtet namens des Gesuchs- und Beschwerdeausschusses über die Gesuche: 1. des **Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes**, Landesausschuß Baden, sowie des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Bezirk Baden, 2. des **Zentral-Gewerkschaftsbundes Deutscher Reichsbahnbeamten und Anwärter**, Landesstelle Baden, Verschlechterung der unkündbaren Anstellung der Reichsbahnbeamten betreffend.

Der Ausschuß stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, die genannten Gesuche der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß die Regierung ersucht wird, festzustellen, ob den in dem Staatsvertrag vom 31. März 1920 des Landes Baden mit dem Deutschen Reich zugunsten der Eisenbahnbeamten festgelegten Bestimmungen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

in vollem Umfang Rechnung getragen wurde, und, wenn das nicht der Fall sein sollte, auf deren genaue Erfüllung zu dringen.

Der Antrag wird **angenommen.**

Nach Erledigung einer Reihe persönlicher Gesuche folgt die

Wahl des Landständischen Ausschusses.

Derselbe setzt sich zusammen auf 4 Mitgliedern des **Zentrums**: Eggler, Heurich, Dr. Schofer und Seubert, Stellvertreter: Eberhardt, Dr. Föhr, Kühn, Schneider; aus 2 **Sozialdemokraten**: Maier-Heidelberg und Marum, Stellvertreter: Dr. Engler und Rückert; aus je 1 Mitglied: der **Bürgerlichen Vereinigung** — D. Mayer-Karlsruhe, Stellvertreter Klaiber —; der **Deutschen Volkspartei** — Dr. Mattes, Stellvertreter Dr. Obfircher —; der **demokratischen Fraktion** — Dr. Glockner, Stellvertreter Scheel.

Da die Kommunisten nicht die Mindestfraktionsstärke haben, sind sie im Landständischen Ausschuß nicht vertreten.

Der Präsident erstattet sodann kurz Bericht über

die Tätigkeit des Landtages in der abgelaufenen Sitzungsperiode.

Er widmet hierauf, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, den inzwischen verstorbenen früheren Mitgliedern des Landtages einen ehrenden Nachruf. Es sind dies Landeskommissär Geh. Rat **Straub**, Geistl. Rat **Weiß**, Gemeinderat **Bechtold**, Schulinspektor **Wiedemann**, Altbürgermeister **Herbst**, Kommerzienrat **Neuhaus**, Geh. Kommerzienrat **Koelle**, Altreichskanzler **Fehrenbach** und Schlossermeister **Görlacher**. —

Abg. **Rückert** (Soz.) macht sich zum Dolmetscher des ganzen Hauses in der Anerkennung des vorbildlichen Pflichteifers, der Sachlichkeit und strengen Unparteilichkeit, mit der Präsident Dr. **Baumgartner** seines Amtes gewaltet hat. (Lebhafter Beifall).

Der **Präsident** dankt dem hohen Hause für diese Kundgebung des Vertrauens und dehnt den Dank auf seine Mitarbeiter im Präsidium, auf die Vorsitzenden und Berichterstatter der Ausschüsse, die Beamten und Angestellten aus. Höchst anerkennende Worte findet er auch für den anstrengenden Dienst der Landtagsjournalisten. Mit dem Wunsche guter Erholung nach einer arbeitsreichen Sitzungsperiode wird darnach die Tagung vom Präsidenten **geschlossen.**

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

*

Während der abgelaufenen Sitzungsperiode hat das Plenum 73 Sitzungen abgehalten. Die Zahl der Ausschußsitzungen beziffert sich auf 160. Davon entfallen auf den Haushaltsausschuß 122, auf den Ausschuß für Gesuche und Beschwerden 13, auf den Rechtspflegeausschuß 19 und den Geschäftsordnungsausschuß 6 Sitzungen.

Dem Hause sind insgesamt 52 Regierungsvorlagen (Gesetzentwürfe, Denkschriften usw.) zugegangen. Die Zahl der Anträge aus dem Hause beträgt 98. Außerdem wurden 16 Förmliche Anfragen und 44 Kurze Anfragen eingebracht. Unerledigt geblieben sind drei Regierungsvorlagen, u. a. die Denkschrift über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Insgesamt sind dem Hause 425 Gesuche zugegangen, wovon dem Haushaltsausschuß allein 238 zugewiesen wurden, während sich der Beschwerdeausschuß mit 137 Eingaben und der Rechtspflegeausschuß mit nur 50 Gesuchen zu befassen hatte.

Erholungsfürsorge für schulentlassene Mädchen auf dem Heuberg

P.A. Der Verein Kindererholungsfürsorge Heuberg hatte im vergangenen Winter zum erstenmal eine winterliche Erholungsfürsorge für schulentlassene Mädchen in größerem Umfange eingerichtet. Nach den ausgezeichneten Erfolgen, die mit dieser Winterfürsorge erzielt wurden, hat der Verein nunmehr beschlossen, im kommenden Winter wiederum schwächliche und erholungsbedürftige junge Mädchen auf dem Heuberg aufzunehmen, um sie dort körperlich und geistig so zu kräftigen, daß sie imstande sind, sich einer Berufsarbeit zu unterziehen.

Diese Bestrebungen der Kindererholungsfürsorge Heuberg, die bereits anderwärts Nachahmung gefunden haben, verdienen weitgehende Beachtung und Förderung. Systematische Untersuchungen, die in den letzten Jahren über die Berufstüchtigkeit Schulentlassener vorgenommen wurden, haben die Notwendigkeit einer ausreichenden Gesundheitsfürsorge für die im Entwicklungsalter Stehenden deutlich ergeben. Das Erholungsheim Heuberg ist für die besondere Aufnahme und Pflege solcher jugendlicher, schulentlassener Personen, die man weder in ausgesprochenen Kinderanstalten noch in Erholungsanstalten für Erwachsene auf längere Zeit unterbringen kann, vornehmlich geeignet. Die Verbindung des Fortbildungsschulunterrichts mit Maßnahmen, die die rein körperliche Ertüchtigung der im Entwicklungsalter Stehenden anstrebt, erscheint als eine begrüßenswerte und erfolgversprechende Bereicherung dieser Art der Gesundheitsfürsorge.

Über die Erfahrungen, die der Verein Kindererholungsfürsorge mit der Aufnahme junger Mädchen auf dem Heuberg im letzten Winter gemacht hat, äußert sich in einem längeren Bericht der Heuberg-Zeitung der leitende Arzt Dr. **Rüscher** sehr günstig. Er schreibt da u. a.: Die Anpassung an die winterlichen gebirgsklimatischen Verhältnisse erfolgte rasch. Die anfangs häufiger auftretenden Erkältungskrankheiten unbedeutender Art waren schnell überwunden. Es war eine Freude zu sehen, wie unter der Reizwirkung unseres Heuberglimas die aufbauende Tätigkeit des Organismus einsetzte und ständig fortschritt. Wintersport, Sonnenbäder, gymnastische Übungen, alles in vorsichtiger Dosierung in Anbetracht des schwächlichen Allgemeinzustandes wie auch der veränderten klimatischen Verhältnisse, wirkten als weitere Reize belebend und anregend auf den Stoffumsatz ein. Um eine Schädigung durch den im Fortbildungsschulunterricht enthaltenen Küchendienst ausschalten zu können, gingen wir so vor, daß die besonders Schwächlichen von dieser Art des Unterrichts so lange zurückgestellt wurden, bis eine ausreichende Kräftigung eingetreten war. Die sogenannten Küchengruppen wurden besonders beobachtet, Gewichtskontrolle vor wie nach beendigter Küchendienstzeit ließen bei unserm vorsichtigen Vorgehen niemals eine Schädigung durch dieses praktische, doch immerhin etwas anstrengende Unterrichtsfach erkennen. Die Muskulatur straffte sich, die vielen Haltungsanomalien, (runder Rücken, habituelle Skoliose) glichen sich größtenteils aus, soweit noch keine stärkere Fixation durch Muskelzug oder gar Deformierung der Wirbelkörper eingetreten war. Erfreulich war die Zunahme der Exkursionsfähigkeit des Brustkorbes. Die Gewichtszunahmen zeitigten zum Teil geradezu überraschend gute Resultate. **Der körperliche Gesamtzustand erfuhr eine direkt durchgreifende Hebung,** verbunden mit Festigung der Widerstandskraft gegen Erkältungskrankheiten, d. h. Abhärtung, so daß der Gewinn des 4monatigen Aufenthaltes nicht ein vorübergehender, sondern ein **bleibender** sein dürfte.

Sehr lehrreich ist auch der Bericht, den die Erziehungsleiterin, die Fortbildungsschulhauptlehrerin, Fräulein Johanna Kuhn, über ihre Tätigkeit und ihre Erfahrungen erstattet. Am 1. Dezember 1925, so schreibt sie, kamen 127 erholungsbedürftige, schulentlassene Mädchen von Baden, Württemberg, Hessen, Braunschweig, Hamburg und von Saarbrücken nach unserem Heim. Es waren z. T. recht erholungsbedürftige Mädchen im Alter von 14 bis 20 Jahren, die in 3 früheren Offiziershäusern bis 1. April untergebracht wurden. Die jungen Mädchen wurden in Familien von je 10 oder 12 einer bewährten Kraft anvertraut, die z. T. im Sommer bereits einen Hausmutterposten bekleidet hatte, und die nun als Familienmutter ihre Schar zu einer Gemeinschaft zusammenschloß, sie zu gründlicher Körperpflege anleitete, in den täglichen Hausarbeiten unterwies, mit ihrer Gruppe turnte, spielte, alle Arten von Handarbeiten anfertigte, die Liegekuren überwachte und oft auch am theoretischen Unterricht ihrer Schützlinge teilnahm, kurz, ganz ihre Lebensweise teilte. Jedes Haus unterstand einer Erziehungsleiterin bzw. der Wirtschaftsleiterin, die ihre 3 oder 4 Familien zu einer Hausgemeinschaft vereinigte und die Leitung ihres Hauses übernahm. Die Familien bildeten zugleich auch die Arbeitsgemeinschaften, die alle 14 Tage abwechselnd bald Küchen- oder Hausgruppe, Handarbeits- oder Theoriegruppe waren. Die besonders schonungsbedürftigen Mädchen wurden in der Küchen- und Hausgruppe jeweils zurückgestellt oder nur kürzere Zeit beschäftigt. Auf Wunsch des Arztes wurde auch nur in den Vormittagsstunden Unterricht erteilt.

Der theoretische Unterricht, der von staatlich geprüften Kräften erteilt wurde, umfaßte Religion, Gesundheitslehre, Lebenskunde, Hauswirtschaftslehre, Deutsch, Rechnen und Singen. Geturnt wurde jeden Tag. Religion und Chorsingen wurde am Spätnachmittag erteilt, für die anderen Unterrichtsfächer waren die Stunden von 9—12 Uhr vorbehalten.

Die Küchengruppen stellten unter Leitung von Hauswirtschaftslehrerinnen die Mittags- und Abendmahlzeit her und führten praktisch in der Küche alle Arbeiten aus, die der Hausfrau obliegen. Die 2 mal 14 Tage Küchendienst boten reiche Gelegenheit, das Wissen und Können der Mädchen zu erweitern und ihnen zu zeigen, wieviel Denkarbeit eine umsichtige Hausfrau auch in der Küche zu leisten hat.

Die 3 Hausgruppen hatten jeweils von 8¼ bis 10 Uhr die Hausarbeiten in ihrem Hause unter steter Anleitung zu erledigen. Ihre praktischen Arbeiten wurden wie der Küchendienst ergänzt und vertieft durch den theoretischen Unterricht in Wohnungspflege und Nahrungsmittellehre. Die andern Gruppen hatten von 9—10 Uhr teils einzeln Deutsch und Rechnen, teils zusammen bis 12 Uhr Gesundheitslehre und Lebenskunde. Der eigentliche Schulbetrieb begann aber erst nach Weihnachten, weil die ersten Wochen vor allem der Akklimatisierung und körperlichen Kräftigung dienen sollten.

Daß Rodelnachmittage, Geburts- und Namenstagsfeiern, Theateraufführungen, größere Spaziergänge und Ausflüge, das Frühlingsfest mit seinem farbenprächtigen, frohen Spiel auf der Heide, Quellen reiner Freude für alle wurden und viele neue Eindrücke brachten, das kann hier nur angedeutet werden. Und wie sangesfroh unsere Mädchen wurden unter der geschickten Leitung des Herrn Pfarrer Ziegler und wie anders die Religionsstunden empfunden wurden, als das wohl manchmal daheim war, das sind alles erfreuliche Wahrnehmungen unseres Winterbetriebs.

Wir standen, so schließt die Erziehungsleiterin, am Ende der Winterfürsorge vor der Tatsache, daß ein viermonatiger Aufenthalt erholungsbedürftigen, schulentlassenen Mädchen in der heilkräftigen Höhe des Heubergs, in dem in jeder Hinsicht erzieherisch wirkenden Gemeinschaftsleben, dem vielseitigen Unterricht, dem frohen Spiel und der ausgiebigen Ruhe ein großer Gewinn, ja wohl oft eine ganze Neugestaltung für das spätere Leben bedeutet, und es beseelt uns nur der Wunsch, daß aller gestreute Samen aufgehen möge zum Wohle unserer Jugend, unserer Familien und des ganzen deutschen Volkes.

Finanzminister Dr. Köhler operiert

DZ. **Freiburg** i. Br., 6. Aug. Der badische Finanzminister Dr. **Köhler** hat sich heute Vormittag im hiesigen Loretto-Krankenhaus einer **Bauch-Operation** unterzogen, die Professor Dr. **Diemer** vorgenommen hat. Die Operation ist gut verlaufen. Das Allgemeinbefinden des Patienten ist gut.

Große Erfolge der Badischen Polizei bei den südwestdeutschen Polizeiwettkämpfen in Darmstadt

Wie alljährlich, fanden auch in diesem Jahre am vergangenen Samstag und Sonntag die großen sportlichen Polizeiwettkämpfe in Darmstadt statt, an denen sich die Polizeien aus Baden, Hessen und Württemberg beteiligten, ferner waren aus Frankfurt und Hannover die als gut bekannten Kampfmannschaften der dortigen Schutzpolizei erschienen. Trotz dieser starken Konkurrenz gelang es der badischen Mannschaft, auch in diesem Jahre ihre Vormachtstellung auf dem Gebiete der Leichtathletik in Südwestdeutschland zu wiederholen und nicht weniger als 15 erste Siege von den ausgeschriebenen 19 Wettbewerben zu erringen.

Das kalte Wetter und die neu angelegte, noch sehr weiche Aschebahn ließen leider keine besonderen Zeiten und Leistungen aufkommen, so daß die folgenden Resultate kein richtiges Bild über den wirklichen Stand der badischen Polizei in der Leichtathletik geben können.

Folgende erste Siege wurden errungen:

4 × 100 Meter-Staffel (Kuhfeld, Tröller, Gundacker, Haag) 46,9, Dienstgradstaffel (OLtn. Heller, Tröller, Haag, Gundacker und Frey) 59,1, 3 × 1000 Meter-Staffel (Sauer, Edelmann, Klar) 8:45,0, Olymp. Staffel (Klar, Tröller, Kuhfeld, Etter) 3:48,2, 100 Meter (Tröller) 11,5, 400 Meter (Etter) 56,0, 1500 Meter (Klar) 4:35,1, Offiz.-Dreikampf (OLtn. Heller), Dreikampf für Ältere (Zugwachtmstr. Mäule), Fünfkampf (Klar), Steinstoßen (Asal) 8,73 Meter, Hochsprung (Klar) 1,65 Meter, Weitsprung (Klar) 5,94 Meter, Stabhochsprung (Mäule) 2,85 Meter, Handgranatenwerfen (Ludwig) 59,65 Meter.

Ferner wurden folgende Plätze belegt: 100 Meter (Gundacker u. Haag) 4. u. 5., 400 Meter (Haug) 2., 1500 Meter (Pflaumer) 4., 10 000 Meter (Mutschler) 4., Weitsprung (OLtn. Heller) 4., mit 5,89 Meter, Kugelstoßen (Asal) 3., mit 10,76 Meter, Diskuswerfen (Ludwig) 3., mit 30,38 Meter, Speerwerfen (Ludwig) 2., mit 45,28 Meter, Speerwerfen (Asal) 3., mit 41,60 Meter, Dienstgradstaffel, 2. Mannschaft (OLtn. Brenner, Mäule, Tröller, Haug und Kuhfeld) 3., 10-Kilometer-Mannschaftslauf (Mutschler, Edelmann, Kuhfeld) 2. Br.

Die Herbstmanöver der Reichswehr

die zurzeit im württembergisch-badisch-bayrischen Grenzgebiet abgehalten werden, gehen diesmal über den seit 1918 üblichen Rahmen eines Divisionsmanövers hinaus. Die Übungen der 5. Division (Stuttgart) finden im Raume Adelsheim — Tauberbischofsheim — Mergentheim—Künzelsau statt. Die 7. Division wird ihre Übungen voraussichtlich zwischen Würzburg und Mergentheim abhalten. Die Übungen werden sich also zu einem guten Teil auf dem Gelände abspielen, auf dem im Jahre 1909 die Kaisermanöver zur Durchführung kamen. Damals waren an den Übungen aber 5 Armeekorps beteiligt, heute werden es nur 2 Divisionen sein. Die Divisionsmanöver sind vom 13. bis 15. September. Am 16. Sept. ist wahrscheinlich Ruhetag. Vom 17. bis 21. Sept. sind dann die Gruppenmanöver der 5. und 7. Division.

Gemeinde-Rundschau

25 Jahre **Bürgermeister in Heidelberg.** Nachdem vor vier Monaten Oberbürgermeister Dr. Walz in Heidelberg sein 40jähriges Jubiläum im Dienste der Stadt begehen konnte, kann jetzt sein Mitarbeiter Friedrich **Wielandt** sein 25jähriges Bürgermeisterjubiläum feiern. Sein Arbeitsgebiet umfaßt den ganzen Aufgabenkreis der kommunalen Sozialpflege.

Der Bürgerausschuß Baden-Baden hat am Mittwoch nach zweitägiger Sitzung den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1926/27 mit einer Umlage in der Höhe von 46 Pfg. auf 100 M. Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens genehmigt. Der Vorlage betr. Durchführung und Beleuchtung der Luisenstraße mit Umbau der Wilhelmsbrücke und Asphaltierung des Badischen Hof-Platzes mit einem Kostenaufwand von 495 000 M. wurde gleichfalls zugestimmt, ebenso dem Antrag betr. Erwerbung und Verpachtung der Gärtnerei Weber an der Badener Straße in Oos für 290 000 M.

Der Stand der Feldgewächse in Baden Anfang August 1926

St.L.-A. Die Witterung war im abgelaufenen Monat Juli im allgemeinen nicht viel besser wie im Juni. Im zweiten Monatsdrittel kam es nach einigen außergewöhnlich heißen Tagen zur Bildung von Gewittern, die sich teilweise unter schweren Stürmen mit starkem Hagelschlag und heftigen Regengüssen entluden und in verschiedenen Landesteilen bedeutenden Schaden verursachten. Das Gelände im Gebiet des Bodensees und der Rheinniederungen leidet immer noch unter andauernd hohem Wasserstand. Hoffentlich hält die mit dem Monatswechsel eingetretene Besserung des Wetters an.

Die **Halmfrüchte** reifen sehr langsam heran, da vielfach die nötige Sommerhitze fehlte, und die Ernte verzögert sich deshalb allenthalben. Winterroggen und Wintergerste sind da und dort schon geschnitten und eingebracht; die Körnererträge, namentlich der ersten Fruchtart, bleiben vielerorts infolge schlechter Blütezeit und Lagerung sowie Überwucherung durch Unkraut erheblich hinter den Erwartungen zurück. Winterweizen und Winterspelz versprechen im allgemeinen eine bessere Ernte. Sommergerste wird gut bis ziemlich gut, Hafer fast ausnahmslos gut beurteilt, trotz der auch hier häufig eingetretenen Lagerungen.

In den **Kartoffeläckern** zeigen sich, insbesondere in niederen Lagen und schweren Böden, als Folge übermäßiger Feuchtigkeit vielfach Blattfallkrankheit, Krauselkrankheit und sogen. Schwarzbeinigkeit, bei den Frühkartoffeln da und dort auch schon viele faule Knollen, so daß in manchen Gegenden mit einer nach Güte wie nach Menge unbefriedigenden Kartoffelernte gerechnet wird. Die Rübenfelder (Futter- wie Zuckerrüben) sind zwar häufig stark verunkrautet, haben jedoch im allgemeinen ihren Stand gegenüber dem Vormonat gebessert.

Die **Heuernte** kann als beendigt angesehen werden. Sie wurde in einzelnen Gegenden durch langes Lagern erheblich geschädigt und der Ertrag verringert. Die zweiten Futterschnitte versprechen bessere Erträge, der Ohmdansatz ist fast überall gut und dicht. Grünfutter ist reichlich vorhanden.

Über **tierische Schädlinge** verlautet nur wenig. Vereinzelt wird über Vorkommen der Fritfliege im Hafer berichtet; aus wenigen Bezirken des südlichen sowie des nordöstlichen Landesteils wird über Zunahme der Mäuse und des von ihnen namentlich in Getreidefeldern angerichteten Schadens geklagt.

Die Berichte über den Stand der **Weinberge** und über die Herbstaussichten lauten wenig hoffnungsvoll. Durch die ungünstige Blütezeit sind die Träubchen oft nicht vollbeerig, sondern gering im Behang. Nicht überall gelang es, die Reben durch ausgiebige und energische Schädlingsbekämpfung gesund zu erhalten, und Pilzkrankheiten (Blattfallkrankheit, Meltau usw.) vermindern die Herbstaussichten in manchen Gegenden (Breisgau, Markgräflergegend, oberes Rheintal) recht erheblich. Die Gesamtnote für das Land kann nur als gering bis mittel bezeichnet werden.

Zusammenstellung der Nachrichten über den Saatenstand Anfang August 1926 in Baden

Mitgeteilt vom Badischen Statistischen Landesamt

Zu Beginn des Monats August 1926 war der Stand der Saaten usw.: Nr. 1 sehr gut, Nr. 2 gut, Nr. 3 mittel (durchschnittlich), Nr. 4 gering, Nr. 5 sehr gering.

Landeskommissarbezirke	Winter-Weizen	Sommer-Weizen	Winter-Spelz	Winter-Roggen	Sommer-Roggen	Winter-Gerste	Sommer-Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben	Runkel- (Futter) rüben	Klee	Luzerne	Bewässerungs-Wiesen	Andere Wiesen	Reben (Weinberge)
Konstanz	2,5	3,0	2,4	2,4	2,4	2,5	2,2	2,1	3,1	—	2,8	2,8	2,9	2,7	2,5	4,0
Freiburg	2,7	2,3	2,8	3,0	2,8	3,0	2,6	2,1	3,3	—	2,7	2,4	2,2	2,3	2,4	3,6
Karlsruhe	2,3	2,2	2,2	2,8	2,5	2,2	2,2	1,9	3,0	2,4	2,6	2,4	2,4	2,3	2,4	3,3
Mannheim	2,1	2,3	2,3	2,4	2,5	2,3	2,0	2,0	2,5	2,1	2,2	2,7	2,4	2,1	2,3	3,6
Im ganzen	2,4	2,4	2,3	2,7	2,6	2,5	2,2	2,0	3,0	2,2	2,4	2,6	2,5	2,3	2,4	3,6
dagegen Anfang Juli 1926	2,4	2,3	2,3	2,4	2,7	2,4	2,1	2,2	2,8	2,3	2,6	3,2	2,7	2,6	2,9	2,8
August 1925	2,2	2,7	2,2	2,1	2,5	2,2	2,4	2,8	2,2	2,4	2,5	3,1	2,9	2,7	3,2	2,7

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Die Buchdruckfachausstellung in der Landesgewerbehalle wurde bis jetzt von etwa 4000 Personen besucht. Eine Verlängerung ist nicht möglich. Demnach ist am Sonntag der letzte Tag der Ausstellung.

Vom Luftverkehr. Bekanntlich ist Karlsruhe als Zwischenstation für die internationale Ost-West-Fluglinie vorgesehen in der Weise, daß in Stuttgart nach München umgestiegen werden soll. Nunmehr beabsichtigt die Deutsche Lufthansa, die Strecke unmittelbar bis München durchzuführen und die Zeiten so zu legen, daß noch am gleichen Tage in München unmittelbarer Anschluß nach Wien, Budapest und Innsbruck erfolgt.

Russischer Kuban-Kosaken-Chor. Mit russischen Chormärchen, Balladen, Volksliedern, schwermütig teils, teils von trunkener Freude, wird sich der russische Kuban-Kosaken-Chor am Samstag, den 7. August im Eintrachtsaal hier einführen. Bewunderung werden die abgrundtiefen Bässe erregen, auf denen der Chor aufgebaut ist, die Solostimmen, die manchmal die Melodie tragend, aus der Menge hervorklingen, das einzigartige Zusammenklingen der Stimmen, die völlige Aufgehen der Menschen in der Gemeinschaft des Chors. Russische tscherkessische wilde Volkstänze, bilden jeweils den Abschluß des Konzertes unter Leitung von Serg Ignatiew. Karten bei Kurt Neufeldt, Konzertdirektion, Waldstraße 39.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim**, 5. Aug. Prof. Martin **Behrend** von der Handelshochschule ist heute früh nach einer Gallensteinoperation im Alter von 61 Jahren **verschieden**. Prof. Behrend, der in der Nähe von Königsberg am 31. Okt. 1865 geboren wurde, studierte Nationalökonomie in Leipzig, Göttingen und Heidelberg und war lange Jahre Statistiker bei der Metallgesellschaft in Frankfurt. Später Syndikus bei der Kaufmannschafts- und Handelskammer Magdeburg. 1909 erhielt er den ehrenvollen Ruf als Professor an die hiesige Handelshochschule, an der er mit Erfolg zwei Dezennien für die theoretische Schulung angehender Kaufleute wirkte. Er war auch Leiter der Zweigstudienfahrten nach England und den Balkan.

DZ. **Bühl**, 5. Aug. Im Bühlertal war gestern Frau **Kaltenbach** mit Himbeersammeln beschäftigt, als ein **Stein vom Berge herabrollte** und die Frau so unglücklich traf, daß sie schwer verletzt wurde. Ob der Stein durch andere Beerensammler zufällig oder mutwillig ins Rollen gebracht wurde, steht noch nicht fest.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 5. Aug. Anläßlich des **75jährigen Jubiläums**, das die hiesige **Freiwillige Feuerwehr** in diesem Monat begehen kann, seien einige Momente aus der Geschichte der Feuerwehr mitgeteilt. Im Frühjahr 1851 gründete der Stadtdirektor Marianno von Sarachagay-Uria das Freiwillige Pompierskorps Freiburg, dem zunächst 48 Bürger angehörten. Uria spielte in den Revolutionsjahren 1848/49 eine Rolle in Freiburg. Bei der Vereidigung der Mannschaften, die am 25. März 1851 erfolgte, zählte das Freiwillige Pompierkorps Freiburg bereits 180 Mann. Hofrat Dr. Schwörer war der erste Kommandant des Korps, das bewaffnet war. Im Jahre 1855 übernahm Dr. Josef Frick, der Vorstand der Bürgerschule, das Kommando des Pompierkorps, das unter seiner Leitung neu organisiert und entwaffnet wurde. Im Laufe der Zeit entwickelte sich dann das Pompierkorps mit Unterstützung der Stadtverwaltung zu der zuverlässigen, jederzeit bereiten, mit den modernsten Löschgeräten und Rettungseinrichtungen ausgestatteten Freiwilligen Feuerwehr, wie wir sie heute kennen.

WTB. **Freiburg i. Br.**, 5. Aug. Der **Schach-Länderwettkampf Deutschland—Schweiz**, der gestern und heute hier abgehalten wurde, endete in zwei Runden für Deutschland mit elf Runden gegen sieben Runden für die Schweizer Spieler.

DZ. **Immendingen**, 5. Aug. Seit 30. Juli 1926 ist, wie alljährlich um diese Zeit, das **Donaubett** in Möhringen unterhalb der **Versickerungsstellen** wieder gänzlich ausgetrocknet. Ausnahmsweise führte die Donau dieses Jahr länger Wasser, was wohl auf den nassen Jahrgang zurückzuführen ist. Wie immer, so mußten auch diesmal wieder zahlreiche Fische zugrunde gehen. Sonderbares weisen jedes Jahr die Versickerungsstellen auf, so auch diesmal; denn es war wieder ein sehr tiefes Loch inmitten des Donaubettes eingefallen.

Börsen und Märkte

Wochenschau nach dem Stand vom 5. August.

Börse. Der am Ende der vorigen Berichtswoche eingetretene Umschwung zum Besseren hat angehalten. Er ist letzten Endes dem Kohlenstreik in England zu verdanken, der für die deutschen Kohlenbergwerke durch Ausfall der englischen Kohlen am Weltmarkt erhebliche Exportsteigerungen zur Folge hatte. Durch den englischen Kohlenstreik ist aber auch bis zu einem gewissen Grad die englische Schwerindustrie lahmgelegt worden, was der deutschen Eisenindustrie zugute kam. Es fragt sich nun allerdings, ob dieser erfreuliche Zustand auch nach Beendigung des englischen Streiks fortdauern wird. Jedenfalls hat die Börse aus der veränderten Lage vorerst erheblichen Nutzen gezogen. Das Geschäft wurde recht lebhaft und an ihm beteiligten sich außer dem Auslande in stärkerem Maße auch das Privatpublikum, das die Konjunktur offenbar günstiger beurteilt als seither, wozu die Frankenbesserung manches beigetragen haben mag. Vorübergehende Abschwächungen infolge von Gewinnrealisierungen änderten nichts daran, daß die Tendenz im ganzen fest blieb. Schließlich wurden die Werte der Farbenindustrie besonders in die Aufwärtsbewegung einbezogen, aber auch andere Werte nahmen an der Besserung teil.

Geldmarkt. Für die Haltung des Devisenmarktes ist immer noch der französische Franken ausschlaggebend, der im Mittelpunkt des Interesses steht. Die sog. Lateindevisen waren bisher von der Entwertung des französischen Franken in Mitleidenschaft gezogen. Sie haben das Bestreben, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien.

Produktenmarkt. Getreideernte und Wetter hängen eng zusammen. Im ersten Teil der Berichtswoche war das Wetter noch vielfach regnerisch, erst in der zweiten Hälfte wurde es gut. In Erwartung der guten nahen Ernte herrschte ziemlich große Kaufunlust, nur für Mehl zeigte sich etwas mehr Nachfrage. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 275 (—32,5), Roggen 190 (unv.), Sommergerste 205 (unv.), neue Wintergerste 170 (+2), Hafer 203 (—2) pro Tonne, und Mehl 40,5 (+0,5) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Am Baumwollmarkt besteht im Inland größere Nachfrage für prompte Lieferung aller Qualitäten. Der Wollmarkt ist ruhig. Häute, Felle und Leder zeigen immer noch eine steigende Tendenz. Bei der letzten Berliner Versteigerung stiegen die Preise um 5—8 Proz. Am Zuckermarkt herrscht lebhafte Geschäftstätigkeit, ohne wesentliche Änderung der bisherigen Preise. Für neue Ernte besteht schon größeres Interesse. Der Metallmarkt liegt ziemlich fest, was seinen Hauptgrund in den Eindeckungen hat, die namentlich in Kupfer und Blei vorgenommen wurden.

Holzmarkt. Am Rohholzmarkt gestaltet sich die Absatzmöglichkeit immer schwieriger. Die Sägewerke halten mit Käufen zurück und nehmen nur das Notwendigste zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe. Im süddeutschen Verkaufsgebiet ist ein Rückgang der Durchschnittspreise zu beobachten, die sich in Württemberg zwischen 8 und 114, in Baden zwischen 100 und 120 Proz. der Landesgrundpreise bewegten.

Bücheranzeigen

Die neue Gewerbesteuerverordnung in Preußen vom 6. Mai 1926, in der Fassung des Gesetzes vom 23. März 1926, nebst Ausführungsanweisung, herausgegeben von Dr. jur. Otto Frielinghaus, Ministerialrat, und Dr. rer. pol. Martin Sogemeier. 119 S., in Ganzleinen gebd. 4,50 RM. Stilkes Rechtsbibliothek Nr. 27a. Die **Gesetze** des neuen Deutschen Reichs und der deutschen Länder mit systematischen Erläuterungen.

Schröders Allgemeiner Deutscher Universitäts- und Hochschul-Kalender, 31. Ausgabe für das Sommerhalbjahr 1926. Auf Grund amtlicher Quellen herausgegeben von Otto Schröder, erschienen im Brücke-Verlag Kurt Schmersow, Kirchhain N.-L. 460 Seiten Kleinoktav, kartoniert, Preis RM. 4.—

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. August Geld	6. August Brief	5. August Geld	5. August Brief
Amsterdam 100 G.	168.41	168.93	168.48	168.90
Kopenhagen 100 Kr.	111.34	111.62	111.33	111.61
Italien . 100 L.	14.23	14.27	13.88	13.92
London . . 1 Pfd.	20.402	20.454	20.398	20.450
Newyork . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	12.99	13.03	11.83	11.87
Schweiz . 100 Fr.	81.08	81.28	81.15	81.35
Wien 100 Schilling	59.34	59.48	59.34	59.48
Prag . . 100 Kr.	12.418	12.458	12.422	12.462

Zellstoff-Fabrik Waldhof, Mannheim-Waldhof. Zur Einführung von 5 Millionen RM. neue Aktien an der Frankfurter Börse teilt die Gesellschaft mit, daß der Geschäftsgang im laufenden Jahre im ersten Quartal lebhaft war. Die Nachfrage ließ im zweiten Quartal nach, ist jedoch in letzten Zeit wieder besser geworden. Die Erlöse für Zellstoff und Papier sind niedriger als im vergangenen Jahr. Die Gesellschaft erhofft jedoch auch für dieses Jahr ein befriedigendes Ergebnis.

Staatsanzeiger

Am Verfassungstag, Mittwoch, den 11. August, verkehren die Personenzüge in Baden im allgemeinen wie an Sonn- und Feiertagen.

Folgende Werktagszüge werden am 11. August mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse **ausnahmsweise** gefahren:

Zug 331, Lauda ab 5,45 vorm. nach Würzburg,
Zug 431, Sinsheim ab 5,08 vorm. nach Jagstfeld,
Zug 440, Jagstfeld ab 5,38 nachm. nach Sinsheim,
Zug 6, Seckach ab 9,25 vorm. nach Miltenberg,
Zug 11, Miltenberg ab 3,53 nachm. nach Seckach,
Zug 228, Hardheim ab 4,15 nachm. nach Walldürn,
Zug 31, Bruchsal ab 6,08 vorm. nach Mühlacker,
Zug 304, Eppingen ab 4,36 vorm. nach Bretten (Karlsruhe),
Zug 1851, Krauchenwies ab 6,32 vorm. nach Sigmaringen,
Zug 1852, Sigmaringen ab 7,20 vorm. nach Krauchenwies,
Züge 1853 und 1855, Mengen ab 10,55 vorm. und 2,22 nachm. nach Krauchenwies,
Züge 1854 und 1856, Krauchenwies ab 12,19 und 4,40 nachmittags nach Mengen,
Züge 5 und 9302, Pfullendorf ab 9,48 und 11,25 vorm. nach Schwackenreute,
Züge 6 und 9307, Schwackenreute ab 10,32 vorm. und 1,08 nachm. nach Pfullendorf,
Zug 1602, Waldshut ab 4,29 vorm. nach Singen,
Zug 1607, Singen ab 5,01 vorm. nach Schaffhausen,
Zug 1617, Singen ab 5,43 vorm. nach Schaffhausen, weiter bis Basel im Sonntagsfahrplan,
Züge 1483 und 1487, Friedrichshafen ab 12,42 und 4,50 nachm. nach Markdorf,
Züge 1484 und 1488, Markdorf ab 1,21 und 5,28 nachm. nach Friedrichshafen.

Nachstehende Sonn- und Feiertagszüge werden am 11. August **nicht** geführt:

Zug 228 S, Hardheim ab 2,25 nachm. nach Walldürn,
Zug 963 S, Offenburg ab 11,35 vorm. nach Ötigheim,
Zug 964 S, Ötigheim ab 6,50 nachm. nach Offenburg,
Vor-Zug 744 S, Karlsruhe ab 12,17 nachm. nach Ötigheim,
Zug 749 S, Ötigheim ab 6,40 nachm. nach Karlsruhe,
Zug 66 S, Mühlacker ab 6,40 vorm. nach Wildbad,
Zug 67 S, Pforzheim ab 7,09 nachm. nach Stuttgart,
Zug 1617 S, Singen ab 5,18 vorm. nach Schaffhausen,
Zug 5 S, Pfullendorf ab 12,20 nachm. nach Schwackenreute,
Zug 6 S, Schwackenreute ab 1,01 nachm. nach Pfullendorf,
Zug 927, Mannheim ab 7,24 vorm. nach Weinheim,
Zug 950, Weinheim ab 7,35 nachm. nach Mannheim.

Auf dem Bodensee verkehren die Schiffskurse 11, Konstanz ab 1,25 nachm. nach Überlingen/Ludwigshafen und 12, Ludwigshafen ab 6,00 nachm. nach Konstanz wie an Sonn- und Feiertagen. Im übrigen verkehren die Schiffe am 11. August nach dem Werktagsfahrplan.

Eintracht
Morgen Samstag, 7. August, 8 Uhr
Einziges Konzert
des russischen Kuban-
Kosaken-Chor
(32 Sänger) F.595
Dirigent: Serge Ignatiew
Karten zu M. 1.—, 1.50, 2.—, 2.50 u. 3.— bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in **Durlach-Aue** und **Söllingen** ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben. H.277

Karlsruhe, den 4. August 1926. O.Z. 164

Bezirksamt Abt. IIb.

Herren oder Damen
für dauernd schriftl. Werbearbeiten sucht [602
Bikos, Berlin, Ebersstr. 80a

Ehen! F.590
vermittelt
mit bestem Erfolg
Frau H. Erzinger
Karlsruhe, Zähringerstraße Nr. 27 III Rückp. erw.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

H.276. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhfabrikanten **Josef Lehmeier** in Karlsruhe-Rüppurr wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und nach erfolgter Schlußverteilung aufgehoben.

Karlsruhe, 31. Juli 1926.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts A. 4.

Güterrechtsregister.

Mannheim. H.281

Zum Güterrechtsregister Band XVII O.-Z. 12 wurde heute eingetragen: Jakob **Grischy**, Friseurmeister, und Marie geb. Bentz in Mannheim, Vertrag vom 13. Juli 1926 Gütertrennung.

Mannheim, 3. Aug. 1926.
Bad. Amtsgericht F. G. 4.

Vereinsregister.

Lahr. H.280

Vereinsregistereintrag Lahr O.Z. 65: **Kath. Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder in Lahr.**

Lahr, 17. Juli 1926.
Amtsgericht.

Oeffentl. Verbandssparkasse Radolfzell

(Bezirkssparkasse Radolfzell)

Darstellung des Vermögens und der Schulden auf 31. Dez. 1925.

A. Vermögen.	RM
1. Verwaltungsgebäude	1.—
2. Aktivkapitalien:	
a) Feste Hypothekendarlehen	4 000.—
b) Hypothekendarlehen in laufender Rechnung an Private bei dreitägiger Kündigung	655 905.—
c) Darlehen in laufender Rechnung gegen Bürgschaft	238 777.80
d) Darlehen gegen Schuldschein mit Bürgschaft	100 802.40
e) Darlehen an Gemeinden	9 175.63
f) Darlehen gegen Wechsel	16 942.82
g) Grundstückskaufgelder	4 780.75
h) Wertpapiere (Kurswert am 31. Dezember 1924 RM 56 456.10)	3.—
i) Guthaben in laufender Rechnung bei Banken, Girozentralen und Postscheckamt	150 596.91
3. Einnahmerückstände	5 623.82
4. Kassenvorrat auf 31. Dezember 1925	10 500.14
5. Gerätschaften	1.—
Zusammen	1 197 110.27

B. Schulden.	RM
1. Guthaben der Einleger:	
a) Spareinlagen	577 315.04
b) Giroeinlagen	195 960.79
2. Guthaben der Konto-Korrent-Privatkunden	297 184.93
3. Guthaben der Girozentralen und Banken	77 131.25
4. Aufwertungsfonds	9 689.38
5. Rücklagen aus früheren Jahren	19 656.10
6. Geschäftsgewinn im Jahre 1925	20 172.78
Zusammen	1 197 110.27

Radolfzell, den 2. August 1926. H.243

Der Verwaltungsrat: Vorsitzender: Blesch, Bürgermeister.
Die Verrechnung: Fuchs, Direktor.

Oeffentliche Sparkasse Achern.

Rechnungsabschluß auf 31. Dezember 1924.

Vermögen.	RM
Hypotheken	25 500.—
Wertpapiere	126.03
Darlehen an Gemeinden	94 126.20
Liegenschaftskaufschillinge	2 500.—
Lombarddarlehen	250.—
Darlehen an Private gegen Schuldschein	80 359.96
Darlehen in laufender Rechnung	281 918.99
Einnahmerückstände	2 258.17
Kassenvorrat	13 387.75
Inventar	1.—
Summa	500 428.10

Schulden.	RM
Spareinlagen	303 691.29
Giroeinlagen	168 271.07
Einlagen in laufender Rechnung	1 694.34
Anlehenskapitalien	4 905.57
Aufwertungskonto	888.50
Ausgaberückstände	733.33
Rücklagen von 1923	167.—
Reingewinn	20 077.—
Summa	500 428.10

Achern, den 12. April 1926. H.257

Oeffentliche Sparkasse Achern.

Der Verwaltungsrat: Schechter, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Keßler.

Besetzung des Kehrbezirks II Lahr.

Die infolge Todesfalles neu zu besetzende Stelle eines **Kaminfegers** im zweiten Kehrbezirk Lahr wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben.

Der Bezirk umfaßt die Gemeinden: Östlicher Teil der Stadt Lahr, Dinglingen, Friesenheim, Heiligenzell, Mietersheim, Oberweier und Kippenheimweiler. Bewerber haben ihre Gesuche **binnen 4 Wochen** beim unterzeichneten Bezirksamt schriftlich einzureichen mit folgenden Angaben: Name, Geburts- und Wohnort, Alter, Familienverhältnisse, Vorbildung und Tätigkeit seit dem Zeitpunkt der Prüfung. Beizufügen sind in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift:

1. Das Geburtszeugnis;
2. das Zeugnis über die bestandene Prüfung;
3. ein polizeiliches Leumundszeugnis; H.278
4. Zeugnisse über die Beschäftigung seit dem Zeitpunkt der Prüfung;
5. ein bezirksärztliches Zeugnis über die für die Ausübung der Tätigkeit erforderliche Gesundheit und körperliche Rüstigkeit.

Lahr, 3. August 1926.
Bad. Bezirksamt.

3,9 km Gleisumbau bei Kleinkems u. Istein nach Verdingungsvorschrift vom 1. 6. 1924 zu vergeben. Bedingnisheft und Angebotsvordrucke (Abgabepreis 1 M.) liegen bei der Bahnbauinspektion Basel u. Bahnmeisterei Schliengen auf. Angebote längstens bis zum Eröffnungstermin, **Samstag, den 14. August, vormittags 11½,** bei der Bahnbauinspektion Basel postfrei mit Aufschrift: „Gleisumbau" einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. Basel, den 4. August 1926. **Bahnbauinspektion.** H.279

Druck G. Braun, Karlsruhe